



Inhalt

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

[Beamtinnen und Beamte wollen Flexibilität bei der Arbeitszeit](#)

dbb Justizgewerkschaften

[Justiz besser aufstellen, Vertrauen in den Staat stärken](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

[Wird der Generationenfonds zum Zankapfel der Regierungsbildung in Sachsen?](#)

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

[Solidaritätszuschlag: Fehler in der Besoldungs- und Versorgungsabrechnung](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Innenministerkonferenz muss zur Stunde der Wahrheit werden](#)

Deutscher Philologenverband

[TIMSS-Ergebnisse bestätigen Empfehlung des DPhV](#)

komba gewerkschaft

[Frühkindliche Bildung: Sinkende Fachkraft-Quote als Riesenproblem](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

Beamtinnen und Beamte wollen Flexibilität bei der Arbeitszeit

Mit Expertinnen aus Wissenschaft und Praxis diskutiert der dbb neue Wege zur Modernisierung des Beamtenrechts.

„Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels benötigen wir ein höheres Maß an Arbeitszeitsouveränität und Flexibilität im öffentlichen Dienst. Das ist die klare Erwartungshaltung der Beamtinnen und Beamten. Deshalb wird das auch in der bevorstehenden Einkommensrunde 2025 von Bund und Kommunen ein Thema“, sagte Waldemar Dombrowski, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, im Vorfeld des dbb forums ÖFFENTLICHER DIENST am 5. Dezember 2024. Der Web-Talk stand unter der Überschrift „Langzeitkonten im Beamtenbereich – eine ungenutzte Chance?“.

Die jetzigen Regelungen zu Langzeitkonten für Beamtinnen und Beamte würden in den meisten Gebietskörperschaften weder Vertrauen noch Motivation schaffen, so Dombrowski. „Die Öffnung der Langzeitkonten beim Bund für alle

Beamtinnen und Beamten böte zudem die große Chance, die seit vielen Jahren überfällige Rückführung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 39 Stunden endlich vorzunehmen, ohne dass sich Lücken in den Dienststellen ergeben würden und die Arbeitsbelastung weiter steigt. Das wäre eine echte Win-Win-Situation, die von Wertschätzung und Fairness gekennzeichnet ist“, so der dbb Vize.

Waldemar Dombrowski diskutierte das Thema am 5. Dezember 2024 mit Dr. Julia Uckelmann, Referatsleiterin Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Mechthild Behr, Referatsleiterin Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz sowie Karen Siwonia, stv. Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen.

dbb Justizgewerkschaften

Justiz besser aufstellen, Vertrauen in den Staat stärken

Personalmangel und schleppende Digitalisierung: In der Justiz besteht großer Handlungsbedarf, unterstreicht dbb Vize Volker Geyer.

„Der öffentliche Dienst ist Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse in Deutschland“, sagte Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, am 2. Dezember 2024 in einem Gespräch mit der Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU), in Berlin. Auch Vertreter der dbb Justizgewerkschaften nahmen an dem Austausch teil.

Digitale Prozesse als Standard etablieren, überflüssige Bürokratie abbauen, für ausreichend Personal sorgen – diesen Aufgaben muss die Politik nachkommen, um den öffentlichen Dienst in Deutschland zu stärken, unterstrich Geyer, auch mit Blick auf die künftige Bundesregierung. „Die Forderungen des dbb beziehen sich auf alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. In der Justiz zeigt sich exemplarisch, wie groß der Handlungsbedarf ist.“

Geyer machte deutlich, dass der Rechtsstaat das Rückgrat unserer Demokratie sei. „Die personelle Stärkung der Justiz und der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge muss auf der Prioritätenliste ganz oben stehen“, sagte er. Deshalb blicke der dbb grundsätzlich positiv auf die jüngst von der Justizkonferenz beschlossene Nachwuchskampagne.

„Die Kampagne kann allerdings nur erfolgreich sein, wenn die Politik sie mit konkreten Verbesserungen verknüpft. Dazu gehören attraktive Fortbildungsmöglichkeiten und eine zeitgemäße digitale Ausstattung. Junge Leute nehmen uns doch nicht ernst, wenn sie mit veralteter Technik arbeiten müssen. Und die Bürgerinnen und Bürger übrigens auch nicht, wenn der digitale Zugang zur Justiz nicht funktioniert.“

Weiterhin mahnte der dbb Vize an, die Bemühungen zur Vermeidung von Gewalt gegen Be-

schäftigte des öffentlichen Dienstes zu verstärken. „Die Kolleginnen und Kollegen, die wichtige Aufgaben für das Funktionieren unseres Gemeinwohls übernehmen, sind regelmäßig Anfeindungen oder Bedrohungen ausgesetzt.

Das ist nicht hinnehmbar. Der Staat darf seine Beschäftigten nicht im Stich lassen und muss wesentlich mehr in Prävention und Nachsorge investieren.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen Wird der Generationenfonds zum Zankapfel der Regierungsbildung in Sachsen?

Die geplante Abschmelzung der Zuführung zum Generationenfonds verletzt aus Sicht des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen sächsisches Verfassungsrecht.

In der Nacht auf den 25. November 2024 haben sich die möglichen Koalitionspartner in Sachsen auf die wichtigsten Eckpunkte ihrer gemeinsamen Regierungsziele vereinbart - und auf deren Finanzierung. Diese beinhaltet wohl die von der sächsischen SPD seit Langem gewünschte Abschmelzung der Zuführung zum Generationenfonds um zunächst 250 Millionen Euro jährlich. Grundlage für eine später noch höhere Absenkung dieser Zuführungen soll ein - offensichtlich noch zu erstellendes - juristisches Gutachten sein.

Sollten die Berichte stimmen, findet Nannette Seidler Landesvorsitzende des SBB, das Verhalten der Koalitionspartner erstaunlich: „Ein noch nicht vorhandenes, wohl noch nicht einmal in Auftrag gegebenes, Gutachten lässt die Koalitionspartner bereits jetzt darauf schließen, dass die in den Haushalt eingepreiste Kürzung der Einzahlungen zum Generationenfonds und

sogar deren weitere Erhöhung der richtige Weg sei. Damit scheint das Ergebnis des Gutachtens ja bereits festzustehen.“

Dem SBB ist die aktuelle Haushaltssituation des Freistaates Sachsen natürlich präsent. Gleichwohl schützt die sächsische Verfassung in Artikel 95 Absatz 7 die auskömmliche Ansparung und zweckgebundene Verwendung entsprechender Mittel für zukünftige Pensionsverpflichtungen, auch und insbesondere im Interesse zukünftiger Generationen.

„Der SBB wird sehr genau schauen, wie die möglichen Koalitionäre ihre Pläne erklären und begründen. Wir haben schon zu anderen Themen eigene verfassungsrechtliche Prüfungen veranlasst und entsprechende Gutachten beauftragt. Vielleicht ist es wieder an der Zeit, hier zu handeln.“, so Seidler weiter.

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

Solidaritätszuschlag: Fehler in der Besoldungs- und Versorgungsabrechnung

Im Dezember 2024 wurde der Solidaritätszuschlag, der im gesamten Jahr 2024 von den Bezügen einbehalten wurde, fälschlicherweise an die entsprechenden Besoldungs- und Versorgungsempfänger wieder ausgezahlt.

Gleichzeitig wurde für Dezember 2024 kein Solidaritätszuschlag einbehalten, was eigentlich hätte geschehen müssen. Der Solidaritätszuschlag muss gemäß § 38 Abs. 3 Satz 1 EStG (Einkommensteuergesetz) vom Arbeitgeber bei jeder Lohnauszahlung vom Arbeitslohn einbehalten werden. Um den Fehler zu korrigieren, wird der Solidaritätszuschlag für das Jahr 2024 im Januar 2025 von den Bezügen Januar 2025 der betroffenen Beschäftigten

wieder einbehalten. Diese Korrektur ist gemäß § 41c EStG rechtlich zulässig, da die Vorschriften zur nachträglichen Lohnsteuererhebung auch auf den Solidaritätszuschlag anwendbar sind.

Zusammengefasst bedeutet das, dass die Beschäftigten, die von diesem Fehler betroffen sind, den fälschlicherweise zu viel ausgezahl-

ten Solidaritätszuschlag nicht direkt zurückerhalten, sondern dieser im Januar 2025 von ihren Bezügen wieder einbehalten wird. Der

Fehler betrifft nur den Solidaritätszuschlag, der auf die Einkünfte aus 2024 angewendet wurde.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Innenministerkonferenz muss zur Stunde der Wahrheit werden

Mit großen Erwartungen blickt die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) auf die Sitzung der Innenministerkonferenz in Rhensberg und fordert alle Beteiligten auf, endlich richtungsweisende Beschlüsse zu fassen.

In Berlin erklärte DPoIG-Vorsitzender Rainer Wendt dazu am 5. Dezember 2024: „Die Ampel ist auch bei der Inneren Sicherheit gescheitert, wir brauchen einen Neubeginn, den die Länder jetzt anstoßen müssen. Nancy Faeser misstraut ihrer Polizei und hat mit ihrem Polizeibeauftragten, dem Disziplinargesetz und absurden Vorschlägen wie Kontrollquittungen für viel Empörung unter den Beschäftigten gesorgt.“ Jetzt müsse sich die Innenpolitik wieder um die echten Probleme kümmern. Das bedeute mehr Kompetenzen für die Bundespolizei und eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. „Dazu liegen alle Vorschläge auf dem Tisch“, erklärte Wendt. „Die Innenminister der Länder dürfen sich von Nancy Faeser nicht länger aufhalten oder täuschen lassen, die IMK muss zur Stunde der Wahrheit werden.“

Wendt weiter: „Der Unionsfraktion im Bundestag empfehlen wir dringend, keinem der vorliegenden Gesetze der Ampel im Bereich der Inneren Sicherheit zuzustimmen. Insbesondere das Bundespolizeigesetz weist schwerwiegende Mängel auf und muss gestoppt werden. Einige gute Elemente können in ein neues Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden, aber das muss die neue Regierung machen.“

Der stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende und dbb Vize Heiko Teggatz forderte: „Die Bundespolizei braucht mehr Kompetenzen und vor allem wieder das Vertrauen der Regierung. Wir fordern biometrische Gesichtserkennung mit moderner Videotechnik in Echtzeit, eigene Abschiebebefugnisse und endlich die Befugnis zu Zurückweisungen an unseren Grenzen.“ Damit sei Deutschland nicht länger der Störenfried in der EU und es könne eine einheitliche Asylpolitik auf den Weg gebracht werden.

„Tausende Zurückweisungen an den Grenzen, Tausende Haftbefehle vollstreckt und Hunderte Schleuser festgenommen - das alles hat die Bundespolizei in nur zwei Monaten geschafft, übrigens völlig ohne Wasserwerfer und Stacheldraht“, lobte Teggatz. Jetzt müsse die Wende in der Migrationspolitik weitergehen, denn die Städte und Kommunen ächzen unter der Last der Versäumnisse der letzten 10 Jahre. „Die deutschen Sicherheitsbehörden warten mit großer Zuversicht auf die neue Bundesregierung, damit Lähmung, Bürokratie und Misstrauen gegen die Polizei endlich der Vergangenheit angehören und durch konsequente und moderne Sicherheitspolitik abgelöst wird“, betonte Teggatz.

Deutscher Philologenverband TIMSS-Ergebnisse bestätigen Empfehlung des DPhV

Lehrkräfte sind bei der Übergangsempfehlung auf das Gymnasium weniger von sozioökonomischen Faktoren beeinflusst als Eltern. Das hat die Studie „Trends in International Mathematics and Science Study“ ergeben.

DPhV-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing sagte: „TIMSS zeigt, dass sich Lehrkräfte bei ihren Leistungsbeurteilungen für die Grundschulempfehlung weit weniger von sozioökonomischen Faktoren beeinflussen lassen als Eltern. Angesichts der in den meisten Bundesländern noch unverbindlichen Übergangsempfehlung auf die weiterführenden

Schularten ist dies aus Sicht des DPhV ein klares Signal für eine verbindliche Übergangsempfehlung, damit begabte Kinder auch aus Elternhäusern mit niedrigem sozioökonomischem Status bessere Übergangschancen erhalten.“ Neben Ländern wie Bayern und Sachsen, die an der verbindlichen Übergangsempfehlung festgehalten haben, haben sich wieder

neu Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen-Anhalt dazu im zurückliegenden Jahr entschieden. Der DPhV empfehle allen Kultusministern und -ministerinnen in den 16 Bundesländern die Einführung einer verbindlichen Übergangsempfehlung nach der 4. Klasse.

Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler fühlen sich laut TIMSS weniger kognitiv aktiviert als leistungsschwächere. Die von den Autoren der TIMS-Studie aufgestellte Forderung nach der Verstärkung des kognitiven Aktivierungspotenzials begrüßt der DPhV ausdrücklich.

Der DPhV kritisiert zudem die mangelnde Fürsorge der Kultusministerien für Lehrkräfte. Diese haben einen größeren Fortbildungsbedarf und wollen auf Fortbildungen gehen, können es aber aufgrund des Lehrkräftemangels nicht. Laut TIMSS hat sich das Leistungs-niveau der Schülerinnen und Schülern am Ende der 4. Jahrgangsstufe in Mathematik im Vergleich zu den Erhebungen der vergangenen Jahre nicht signifikant verbessert, aber auch nicht verschlechtert. Hier bleibt der befürchtete Corona-Leistungsrückgang aus. Im Bereich

der Naturwissenschaften ist die Leistungsentwicklung rückläufig.

Lin-Klitzing weiter: „Die ersten Schuljahre haben zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklung der Kinder. Insofern muss es uns sehr nachdenklich stimmen, wenn durch den stetigen Lehrkräftemangel die Zeit-Ressourcen für notwendige Lehrkräftefortbildungen zunehmend weniger werden. Die Wahrnehmung von Fortbildungen durch Grundschullehrkräfte in Deutschland sind laut TIMSS im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittlich.“ Kognitiv aktivierender Unterricht für die Schülerinnen und Schüler müsse es aber Wert sein. Lin-Klitzing betonte, dass dies sowohl für die leistungsstärkeren wie für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler und nicht nur in Mathematik und den Naturwissenschaften gelte. „Lehrkräfte brauchen konsequente Freistellungen für Lehrkräftefortbildungen von ihren Schulleitungen, die darin von der Schulaufsicht und den Kultusministerien unterstützt werden müssen“, forderte die DPhV-Bundesvorsitzende.

komba gewerkschaft

Frühkindliche Bildung: Sinkende Fachkraft-Quote als Riesenproblem

Schon jetzt werden aus der Not heraus häufiger Personen ohne formal pädagogische Voraussetzungen eingestellt. Dadurch steigt die Belastung der Fachkräfte. Das geht aus dem Ländermonitor 2024 der Bertelsmann Stiftung hervor.

Sandra van Heemskerck, stellvertretende Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft betonte hierzu am 4. Dezember 2024: „Die sinkende Fachkraft-Quote ist insgesamt ein Riesenproblem für das System Kita. Die Einarbeitung und Begleitung von Personal ohne formal pädagogische Voraussetzungen erfordert einen hohen zusätzlichen Aufwand. Mit der wachsenden Belastung steigen die Abwanderungstendenzen allgemein und besonders bei jungen Fachkräften. An Erkenntnis mangelt es nicht, aber die Politik lässt bislang ein ehrliches Interesse am dringend benötigten Anheben bzw. Halten der Fachkraft-Quote vermissen.“

Dies zeigte sich zuletzt darin, dass in der Fortsetzung des Kitaqualitätsgesetzes die Empfehlung der vom Bundesfamilienministerium eingesetzten Arbeitsgruppe Frühe Bildung nicht berücksichtigt wurde. Ihr Vorschlag lautete: Die Fachkraftquote zu halten und längerfristig zu steigern. Die komba gewerkschaft schließt sich der Forderung der Bertelsmann-Stiftung an, mit kontinuierlichen Maßnahmen darauf hinzuwirken, den Anteil der Fachkräfte im System zu erhöhen, um sie dauerhaft im Beruf zu halten.

Termine:

5. - 7. Januar 2025

dbb Jahrestagung

Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen

Weitere Informationen unter www.dbb.de

24. Januar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de
